

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepaßte Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lamerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

Arbeitszeitverkürzung und Lohnausgleich.

Die Sachverständigenkommission, die unter dem Vorsitz von Brauns Vorschläge über Maßnahmen zur Erleichterung der Arbeitslosigkeit zu unterbreiten hatte, empfahl die Herabsetzung der Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich, allerdings unter mannigfaltigen Einschränkungen, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob die Arbeitszeitverkürzung, wenn die Regierung die Empfehlungen der Kommission befolgt, überhaupt durchgeführt werden kann. Hier soll jedoch nicht von diesen Einschränkungen, sondern von der Frage des Lohnausgleichs gesprochen werden.

Die Arbeitsstreckung, die bisher durch Einführung von Kurzarbeit in vielen Betrieben erfolgte, wurde gewöhnlich ohne Lohnausgleich durchgeführt. Die Verkürzung der Arbeitszeit ging völlig auf Kosten des Arbeiters. Muß nun aus dieser Entwicklung der Schluß gezogen werden, daß auch eine gesetzlich durchgeführte Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich erfolgen soll? Daß die Machtverhältnisse in einer so schweren Wirtschaftskrise wie der heutigen einen vollen Lohnausgleich für die verkürzte Arbeitszeit nicht gestatten, muß als eine feststehende Tatsache hingenommen werden. Voller Lohnausgleich ist im Kapitalismus auch unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht zu erwarten, so sehr auch der Lohnausgleich günstige Folgen für die Erleichterung der Krise haben würde. Denn der kapitalistische Unternehmer will seine Produktion nur dann wieder aufnehmen oder erweitern, wenn er unmittelbar eine Steigerung seiner Gewinne erwarten kann. Würde er sowohl den bisher beschäftigten als auch den neu eingestellten Arbeitern bei verkürzter Arbeitszeit den früheren Lohn zahlen, so würden sich seine Herstellungskosten erhöhen. Da die Produktion heute bereits in großem Umfang — um 25 bis 30 Prozent gegenüber 1929 — eingeschränkt ist, wodurch die Unternehmergewinne oft geschmälert, in manchen Fällen sogar in Verluste umgewandelt wurden, so wird der Unternehmer einer Steigerung seiner Herstellungskosten, die seinen Profit weiter gefährdet, großen Widerstand entgegensetzen. Würde er höhere Lohnkosten auf sich nehmen, so würde sich das zwar mit der Zeit durch die Abfaherweiterung, die als Folge der Erhöhung der Massenkaukraft nicht ausbleiben kann, bezahlt machen. Dem kapitalistischen Unternehmer kann man jedoch nicht zumuten, daß er einen solchen Wechsel auf die Zukunft ausstellt, zumal der einzelne Unternehmer nicht wissen kann, daß gerade er an der Abfaherweiterung in einem Maße teilhaben wird, die die Übernahme erhöhter Lohnkosten für ihn bezahlt macht.

Ist also ein voller Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung nicht zu erwarten, so läßt die Arbeitszeitverkürzung dennoch einen großen Spielraum für einen teilweisen Lohnausgleich. Der Bericht der Sachverständigenkommission macht in der Frage des Lohnausgleichs folgende nicht gerade durch Klarheit ausgezeichnete Bemerkungen: „In der gegenwärtigen Krise erscheint ein Lohnausgleich, der zu einer Erhöhung der Herstellungskosten führen würde, im allgemeinen nicht fragbar. Inwieweit sich nötigenfalls ein gerechter Ausgleich auf anderem Wege erreichen läßt, ist von Fall zu Fall zu prüfen.“ Nun kann aber ein teilweiser Lohnausgleich auch dann erfolgen, wenn man auf dem Boden dieser an sich nicht einwandfreien Behauptung steht. Denn es ist zweifellos anzunehmen, daß im Falle einer gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung, die nicht mit einer zwangsweisen Einstellung neuer Arbeitskräfte verbunden ist, der Unternehmer von den Arbeitern größere Arbeitsanstrengung fordert.

Der Sachverständigenbericht macht Anspielungen darauf, daß „manche Unternehmer den Betriebserschwerungen, die ihnen bei einer Verkürzung der Arbeitszeit drohen, mit einer weiteren Rationalisierung zu begegnen suchen werden.“ Es ist nicht anzunehmen, daß diese Rationalisierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Form weiterer mit hohen Kapitalkosten verbundener Maschinisierung erfolgen würde. Vielmehr wird der Unternehmer seine innerbetriebliche Organisation derart verändern, daß er ohne neue Kapitalkosten, nur durch bessere Ausnützung der Arbeitskraft (unter Umständen höhere Geschwindigkeiten bei der Arbeitsverrichtung usw.) seine Lohnkosten, auf die Einheit des Produktes gerechnet, vermindert. Für die Entlastung des Arbeitsmarktes entsteht daraus die unerfreuliche Folge, daß sie bei weitem nicht der Arbeitszeitverkürzung entsprechen wird, daß vielmehr jene Entlastung in einem viel geringeren Maße erfolgt. Indessen ist der gegenwärtige Umfang der Arbeitslosigkeit derart unerträglich, daß eine Verminderung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung auch dann befürwortet werden muß, wenn die Neueinstellungen stark unter der Grenze der an sich möglichen bleiben. Zahlenmäßig gesprochen, wenn dadurch nicht eine Million oder anderthalb Millionen Arbeitsloser, sondern nur 600 000 Beschäftigung finden. In Betrieben, in welchen die gewerkschaftliche Organisation stark ist, werden sich auch Wege zur Verhinderung einer verheerendsten Ausbeutung der Arbeitskraft

Abgesehen von der Möglichkeit des teilweisen Lohnausgleichs dank Steigerung der Arbeitsintensität wäre eine Herabsetzung der Mittel der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge, sowohl der Reichsanstalt als auch der Kommunen, bei dem Lohnausgleich erwünscht. Die Aufwendungen dieser Stellen für die Arbeitslosen werden in einem Verhältnis zur Arbeitszeitstreckung sinken. Nicht nur die Arbeiterchaft, sondern auch die öffentliche Verwaltung und mit ihr andere steuerzahlende Volksschichten müssen die Lasten der Arbeitsstreckung auf sich nehmen. Für jeden Fall zeigen aber die hier angeführten Überlegungen, daß angesichts einer Erhöhung der Arbeitsintensität — die im übrigen zur Zeit von den Unternehmern für alle Fälle, selbst wenn die Arbeitszeit nicht verkürzt wird, angestrebt wird — und angesichts der hierdurch erreichten Kostenersparnisse ein teilweiser Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung durchaus möglich ist, ohne daß eine Erhöhung der Herstellungskosten eintreten braucht. Deshalb darf die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich nicht ohne weiteres hingenommen werden, vielmehr müssen starke Anstrengungen für die Durchsetzung eines angemessenen Lohnausgleichs gemacht werden. Voraussetzung für einen Erfolg sind aber starke Gewerkschaften.

Agitation

für den Verband ist immer notwendig. In wirtschaftlich günstigen Zeiten sollst du für deinen Verband werbbar sein, um die Zahl der unorganisierten Arbeitnehmer der gewerkschaftlichen Erfolge zu verringern, die auf deine Kosten Lohnhöhungen und sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen einheimfen. Aber auch in Krisenzeiten ist Agitation und

Aufklärung

der Unorganisierten, Aufmunterung und Ermahnung der Jagenden und Schwankenden unbedingt erforderlich. Gerade in Krisenzeiten werden die allerhöchsten Anforderungen an den Verband gestellt. Je stärker die Organisation ist, desto leichter und erfolgreicher wird die Abwehr der Unternehmerangriffe sein. In der Stunde der Gefahr erweist es sich erst, wer ein Mann, wer ein Sozialist, wer ein Gewerkschafter ist. Denke daran! Wirb für deinen Verband

gerade jetzt mehr denn je!

Not und Mangel bei vollen Speichern.

Das Institut für Konjunkturforschung gibt in seiner letzten Sonderveröffentlichung bekannt, daß zu Anfang dieses Jahres in Deutschland für 29,1 Milliarden Mark Waren auf Vorrat lagerten. Das dürfte zur Zeit etwa der Hälfte des deutschen Volkseinkommens entsprechen, das im Jahre 1929 auf 75 Milliarden Mark geschätzt wurde, seitdem aber durch die riesige Arbeitslosigkeit, durch Lohn- und Gehaltsabbau merklich vermindert worden ist. Wahrscheinlich repräsentieren aber die Lagerreserven einen noch höheren Wert, da von dem Institut für Konjunkturforschung angegebenen Wert, da dieser aus der Addition des Postens „Vorräte“ in den Bilanzen der einzelnen Gesellschaften ermittelt worden ist und gerade die Lagerreserven bei der Bilanzstellung meist sehr stark unterbewertet werden. Aber es sei, wie es wolle, jedenfalls haben wir so viele Waren auf Vorrat, daß das deutsche Volk davon ein gutes halbes Jahr leben könnte.

Was wir in Deutschland sehen, trifft auf fast alle Staaten der Welt zu. Überall sehen wir ein geradezu erschreckendes Vielzweiel an Waren aller Art, während das Volk hungert, sich schlecht kleidet und in schiefhohen Wohnungen hausen muß. Zur Zeit liegen in den Getreidespeichern der Welt 15,9 Millionen Tonnen Weizen auf Vorrat! In dem für die landwirtschaftliche Lagerhaltung günstigsten Monat, dem Juni, waren es über 10 Millionen Tonnen, und im Juni kommenden Jahres werden es bestimmt nicht weniger, sondern höchstwahrscheinlich mehr sein. Und nun bedenke man, der Weizenverbrauch des deutschen Sechzigmillionenvolkes beträgt während eines Jahres 5,6 Millionen Tonnen, so daß zur Zeit das Dreifache dessen auf Vorrat liegt und Abnehmer dafür nicht zu finden sind. Im Monat Juni wird ein doppelter Jahresverbrauch in den Speichern lagern. Das Volk aber hungert. Beim Zucker steht es ganz ähnlich! Hier betragen die Lagerreserven zu Beginn dieses Jahres 8,8 Millionen Tonnen. Der deutsche Jahresverbrauch an Zucker beträgt 1,5 Millionen Tonnen. Im Monat September, also vor dem Beginn der Rübenkampagne, betragen die Zuckervorräte 5,6 Millionen Tonnen. Wir sehen, daß zu Anfang dieses Jahres annähernd das Sechsfache und im September rund das Vierfache dessen an Lagerreserven vorhanden war, was das deutsche Volk während eines ganzen Jahres verbraucht. Wie können wir uns das Leben verfallen! Aber dazu sind angesichts der Zeiten zu erst. So leben wir weiter in der Welt, und lassen den hungernden Menschen sterben.

zu schweigen vom Kaffee. Der wird so langsam zu einem Luxusgegenstand. Wir halten es mit Malz und gebranntem Korn, genau so wie Anno dazumal während der Kriegszeit. Nur ein Unterschied besteht zwischen damals und heute. Im Kriege war das kostbare Gut „Kaffee“ nicht über den Ozean zu kriegen. Heute würde das spielend möglich sein. Die Plantagenbesitzer, die Schiffer, der Händler und der Lagerhalter im Konsumverein — sie alle wollen freudigen Herzens die Aufgabe übernehmen, uns damit zu versorgen. Es ist ja mehr als genug von dem Zeug da. 1,6 Millionen Tonnen Kaffee warten auf den Abzug. Wir haben im Jahre 1929 in Deutschland 143 000 Tonnen verbraucht. Also, uns für 10 Jahre mit Kaffee einzudecken, wäre spielend möglich, zum Wohle derer, die lieber Kaffee als irgendeine Ersatzbrühe trinken, aber auch zum Wohle derer, die den vorräufigen Kaffee wahrscheinlich ins Meer versenken werden, weil eine andere Verwertung für ihn nicht zu finden ist.

Heute wird von Millionen Armen der Anzug oder das Hemd so lange getragen, bis es ihnen buchstäblich vom Leibe fällt. Zerreißt selbst der Flicker, dann kommt ein neuer darauf. Ob das wohl notwendig ist? Wir wissen nur eins. An Textilarbeitern fehlt es uns nicht und an mechanischen Webstühlen ebensowenig. Von beiden sind Arbeitslose in Hülle und Fülle da. Aber der Rohstoff, die Baumwolle. Ja, davon liegen zur Zeit 2,2 Millionen Tonnen auf Vorrat. Soviel verbraucht ganz Europa während eines Jahres, und Deutschland würde damit ganze sieben Jahre reichen. Vielleicht ist es überhaupt so, daß wir nur aus Bescheidenheit so miserabel angezogen gehen, denn leisten könnten wir uns ganz etwas anderes, weil es uns ja an nichts fehlt, sondern wir von allem viel zuviel haben.

Soll man noch mehr sagen? Soll auch noch an den vergangenen Winter erinnert werden, der ja erfreulicherweise hinter uns liegt. Es gibt keine Statistik darüber, die uns sagt, wieviel Menschen während der kalten Wintermonate frieren mußten, weil sie ihre Hude nicht heizen konnten. Aber es gibt eine Statistik, die uns sagt, daß sich in Deutschlands Bergrevieren die Kohlenhalben bis zum Himmel türmen und daß 100 000 Ruhrbergarbeiter auf die Straße geworfen wurden, weil man nicht wußte, wohin mit der Kohle. Soll wirklich auch noch gesagt werden, daß Millionen unserer Volksgenossen in schiefhohen Behausungen wohnen? Woran es fehlt? Nun, Kohle, Eisen, Holz, Steine, Zementfabriken und Ziegeleien — das alles haben wir mehr als genug und Bauarbeiter nicht minder. Aber die beiden Königskinder der Wirtschaft: die Arbeitskraft und der Rohstoff, sie können zusammen nicht kommen. Zwischen ihnen liegt ein tiefer Graben, und der heißt Profit. An die Arbeit! Schüffet diesen Graben zu! Ist erst einmal dieses Werk vollbracht, dann steht einem stetig wachsenden Volkswohlstande nichts mehr im Wege. Und Hunger und Elend werden ungekannte Begriffe sein.

Unsere Lohnbewegungen im Jahre 1930.

War schon das Jahr 1929 für die meisten freien Gewerkschaften und so auch für unseren Verband ein Jahr der Kämpfe und der Abwehr, so trat diese Kampfzeitung in noch viel stärkerem Maße auf das Jahr 1930 zu. Wie nicht anders zu erwarten war, mußten die Unternehmer die wirtschaftliche Ungunst der Zeit weidlich auszu nützen auf die verhassten Gewerkschaften, auf das Tarifwesen und auf die Löhne, so daß die Gewerkschaften auf Lohn- und tarifpolitischem Gebiete mehr als in früheren Jahren in die Verteidigung gedrängt wurden. Diese Verteidigung, das können wir mit Stolz feststellen, ist im verflochtenen Jahre meist von gutem Erfolg begleitet gewesen. Aber die hartnäckig wiederholten Angriffe der Unternehmer ließen keinen Zweifel darüber, daß ohne die tatkräftige und entschlossene Gegenwehr des Verbandes, der in einer großen Anzahl von Fällen sogar zum Gegenangriff überging, die Unternehmer Krise und Arbeitslosigkeit noch ganz anders ausgenutzt hätten.

Die Lohn- und tarifpolitischen Folgen der Wirtschaftskatastrophe spiegeln sich auch in unserem Bericht über unsere Lohnbewegungen wider. Die Zahl der Bewegungen ist erheblich gesunken, von 1284 im Jahre 1929 auf 525 im Jahre 1930. Auch der Charakter der Lohnbewegungen hat sich den Wirtschaftsverhältnissen anpassen müssen. Waren im Vorjahre von den 1284 Kämpfen noch 1226 Angriffsbewegungen, also die allermeisten, so konnten im Berichtsjahre nur 275 Angriffsbewegungen geführt werden, 250 Bewegungen die der Abwehr der Unternehmerforderungen. Im ganzen gliedern sich die 525 Arbeitskämpfe in 270 Angriffs- und 215 Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung und in 5 Angriffs- und 35 Abwehrbewegungen mit Arbeitseinstellung. In 11 Fällen erfolgte Ausperrung durch die Unternehmer, davon 10mal, um die Durchführung verschlechterter Arbeitsbedingungen zu erzwingen.

Von diesen 525 Lohnbewegungen wurden 7873 Betriebe (im Vorjahre 14 214) mit 571 541 Beschäftigten (im Vorjahre 1 116 463) erfasst. Unmittelbar an den Arbeitskämpfen beteiligt waren 568 906 Personen, von denen 333 039 Mitglieder unseres Verbandes waren. Die Erfolge der Lohnbewegungen kamen aber 515 612 Personen zu. Der

Prozentsatz der bei uns Organisierten betrug also etwa 84,8 v. H. der Personen, die an den Erfolgen Anteil hatten.

Das Gesamtergebnis unserer Lohnbewegungen im Jahre 1930 sieht wie folgt aus:

Für 9133 Personen (davon waren 2578 weiblich) wurden Lohnerböhrungen im Betrage von 15 893 RM. je Woche und eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 8910 Stunden je Woche für 2253 Personen erzielt, also eine Lohnerböhrung von etwa 1,74 RM. je Kopf und Woche (die Lohnerböhrungen bei Männern und Frauen gleich gerechnet) und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 4 Stunden je Kopf und Woche. Die Ergebnisse bleiben etwas hinter denen des Vorjahres zurück, das ist kein Wunder angesichts der furchtbaren Krise. Es zeugt vielmehr von der Kraft der Organisation, daß es noch gelang, allen Widerständen zum Trotz diese Erfolge zu erringen. Dazu kommen noch sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, die für 132 639 Personen (im Vorjahre 340 688) durchgeführt wurden.

Es gelang, beabsichtigte Lohnkürzungen im Gesamtbetrage von 574 064 RM. je Woche für 193 608 Personen abzuwehren. Hier ist der Unterschied zum Vorjahre besonders beachtenswert. Im Jahre 1929 richteten sich die Vorstöße der Unternehmer auf eine Lohnkürzung von „nur“ 67 843 RM. je Woche für 23 742 Personen.

Diese Zahlen zeigen am deutlichsten, wie stark die Angriffs-lust der Unternehmer von der jeweiligen Wirtschaftslage abhängt. Das gleiche erweist sich bei den verlustreichen sonstigen Verschlechterungen, die im Berichtsjahre für 131 897 Personen abgewehrt werden konnten, im Vorjahre betrafen diese Ver-luste nur 1939 Personen. Die Verhinderung dieser Unter-nehmerabsichten kommt allein auf das Erfolgskonto des Ver-bandes.

Von den 270 Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung waren 163 erfolgreich, 23 teilweise erfolgreich, 84 erfolglos. Die 215 Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung endeten in 138 Fällen erfolgreich, in 51 Fällen teilweise erfolgreich, nur in 26 Fällen erfolglos. Von den 4 Angriffstreiks waren 2 erfolgreich, 2 ohne Erfolg. Ferner wurden 25 Abwehrstreiks geführt, von denen 12 erfolgreich, 7 mit teilweisem und 6 ohne Erfolg endeten.

Von den 525 Lohnbewegungen insgesamt vertiefen 485 ohne Arbeitseinstellung; davon waren, wie schon bemerkt, 270 Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung. Wie diese sich auf die Hauptindustrien unseres Verbandes verteilen, zeigt die folgende Tabelle, in der auch zugleich die erreichten Lohn-erböhrungen und Arbeitszeitverkürzungen sowohl für alle Be-teiligten als auch für den einzelnen Arbeiter und für die ein-zelne Arbeiterin angegeben sind:

Table with 4 main columns: Industriezweig, Erzielte Lohnerböhrungen L. RM. je Woche für Arbeiter, Erzielte Lohnerböhrungen L. RM. je Woche für Arbeiterinnen, Erzielte Verkürzung der Arbeitszeit je Woche. Rows include Chemische Industrie, Papierindustrie, Nahrungsmittelindustrie, etc.

Die erreichten Lohnerböhrungen von 1,75 RM. für den Arbeiter und von 1,56 RM. für die Arbeiterin je Woche be-weisen immerhin, daß es dem Verbands auch in den Zeiten der schwersten Krise möglich war, für seine Mitglieder Vor-teile zu erstreben. Die durchschnittliche Lohnerböhrung je Person und Woche bleibt nur wenig hinter der im Jahre 1929 erzielten Lohnerböhrung zurück.

Die folgende Tabelle gibt nun eine Übersicht darüber, wie sich die Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung auf die einzelnen Industrien unseres Verbandes verteilen, wieviel Betriebe in ihnen erfaßt wurden, ferner wird die Zahl der beteiligten Personen angegeben und wieviel von ihnen Mit-glieder unseres Verbandes waren, schließlich ist auch noch ersichtlich, wieviel Personen überhaupt in den Genuß der er-zugenen Verbesserungen aller Art kamen:

Table with 6 columns: Industriezweig, Zahl der Betriebe, Zahl der beteiligten Personen, Zahl der Mitglieder des Verbandes, Zahl der Teilnehmer, Erfolge hatten Personen. Rows include Chemische Industrie, Papierindustrie, Nahrungsmittelindustrie, etc.

Gegenüber dem Vorjahre weist diese Aufstellung für das Jahr 1930 wenig Veränderung auf. Wie 1929 steht auch jetzt die großherzogliche Industrie im Bezug auf die Zahl der Lohn-bewegungen und der erfaßten Betriebe an der Spitze. Am meisten Beteiligte hat aber die Papierindustrie anzuzweien. Im Organisationsverhältnis stehen die einzelnen Industrien recht verschieden da, von 36,9 v. H. in der Nahrungsmittel-industrie bis zu 57,4 v. H. in der Glasindustrie. Die Blumen-, Wärrer- und Federindustrie bildet eine Ausnahme, da es sich hier nur um einen einzigen, gut organisierten Betrieb handelt. Im ganzen ergibt sich aber aus diesen Zahlen die alte Lehre, daß es immer noch zu viel Unorganisierte gibt, die nachsahernderweise zu den Verbesserungen ihrer Arbeits-bedingungen kommen, die ihnen von anderen erkämpft wurden. Und immer wieder muß versucht werden, diese unan-genehmen Zustände an ihre gewerkschaftlichen Pflichten zu erinnern und sie aus kämpferischen Absichten zu klar

blickenden, aktiven Verbandsmitgliedern zu machen. Wir ver-treten den Kollektivgedanken und suchen ihn in die Tat umzu-setzen, gewiß, aber das ist noch lange kein Grund, daß unsere Verbandsmitglieder nun auch fortwährend für die Jaungäste der Verbandsfolge arbeiten.

Die Zahl der Lohnbewegungen mit Arbeitseinstellung ist im Jahre 1930 weiter gesunken. Die Ungunst der Zeit zwang uns eben, auch hierin vorsichtiger zu handeln. Planlos, wilde Streiks ohne Aussicht auf Erfolg zu führen überlassen wir der RGO. Unsere Taktik ist es nicht, unsere Kollegen und Kolleginnen auf die Straße zu heßen und sie dann hilflos ihrem Schicksal zu überlassen. Verantwortungsgefühl und klare Erkenntnis der Erfolgsmöglichkeiten weisen uns in der Lohn- und Tarifpolitik den richtigen Weg, und den gehen wir, unbekümmert um das Geschrei aller roten und blauen Spalter, weil dieser Weg uns zu Erfolgen führt, auch in solchen trüben Zeiten, wie es das Jahr 1930 war.

Die Ausgaben für Unterstüßungen bei Streiks und Aus-sperrungen haben sich von 254 444 RM. im Jahre 1929 auf 323 465 RM. im Jahre 1930 erhöht, d. h. einschließlich der Unterstüßung an solche Mitglieder, die an Kämpfen anderer Verbände beteiligt waren. Über die Ausgaben für reine Streikunterstüßung in den einzelnen Industrien unterrichtet die folgende Tabelle:

Table with 7 columns: Industriezweig, Streik-tage, Unter-stüßung RM., je Kopf und Tag, Streik-tage, Unter-stüßung RM., je Kopf und Tag. Rows include Chemische Industrie, Papierindustrie, Nahrungsmittelindustrie, etc.

Ein gemeinsames Ziel. Ein gänztigeres Verhältnis bildet sich zwischen Mann und Frau im Proletariat heraus, insofern beide erkennen, daß sie an dem gleichen Stränge ziehen und es für ihre menschenwürdige Zukunft nur ein Mittel gibt: die gründliche gesellschaftliche Umgestaltung, die alle zu freien Menschen macht. Die Zahl der Proletarierfrauen, die zu dieser Erkenntnis kommt, wird mit jedem Jahre größer. August Bebel.

Wer die wirtschaftlichen Ereignisse des vergangenen Jahres beobachtet hat — und wer wäre von ihnen unberührt ge-blieben —, der weiß, unter welcher ungeheuren Schwierigkeiten der Verband seine Aufgaben zu lösen hatte, der weiß auch, mit welchen hartnäckigen Widerständen gegen alle unsere Forderungen zu kämpfen war, und der wird auch die Arbeit zu würdigen wissen, die auf lohnpolitischem Gebiet geleistet wurde, von der die hier mitgeteilten Tatsachen eine anschau-liche Übersicht geben. Gewiß konnte nicht alles erreicht werden, was in unseren Wünschen lag, und es konnte nicht alles ab-gewehrt werden, was die Unternehmer oft mit Hilfe der staat-lichen Behörden von der Arbeiterschaft forderten. Aber alle Politik, auch Lohnpolitik, ist die Kunst des Möglichen. Und wenn z. B. eine beabsichtigte Lohnkürzung für männliche Personen von zusammen 437 007 RM. abgewehrt wurde und nur eine Lohnkürzung von 63 078 RM. eintraf, wenn weiter-hin sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für 131 897 Personen abgewehrt werden konnten, während nur für 500 Personen solche Verschlechterung in Kauf genommen werden mußte, so ist das eben alles Mögliche. Sicher wäre noch mehr zu erreichen gewesen, wäre die Zersplitterung der Arbeiterschaft nicht so groß. So aber werden wahrscheinlich gerade die Kauf- wieder über zu geringe Leistungen des Ver-bandes schreien, die am meisten durch ihre Spaltertätigkeit dazu beigetragen haben, die Schlagkraft und Widerstands-fähigkeit des Verbandes zu schwächen. Zum Glück kennt die ungeheure Mehrheit unserer Mitglieder diese nur-Kritiker, aber Nichts-Besser-Könnner ganz genau und bewahrt ihrem Verbands die unerschütterliche Treue auch in Krisenzeiten, und gerade in Krisenzeiten, weil sie weiß, daß sie ohne die Waffe ihrer gewerkschaftlichen Organisation vollkommen wehrlos den Angriffen des einzigen Unternehmertums preisgegeben wäre. Was wir den Unternehmern zugehen mußten, werden wir bei günstigerer Zeit wiederholen. Dazu ist aber die weitere Stärkung und der weitere Ausbau unseres Verbandes un-bedingt notwendig, und zur Mitarbeit an diesem Werke sollen diese Verlegungen über unsere Lohnbewegungen im Jahre 1930 ebenfalls anregen.

Der einzige Weg aus der Krise.

Lohnabbau nach Wunsch und Willen der Unternehmer. Erfanlich ist es, mit welcher Beharrlichkeit gegen die Arbeiterschaft gerichtete Schlagworte nachgehakt werden. Selbst kluge Leute bedienen sich ihrer. In der General-verammlung der D-D-Bank redete sich der Direktor Wasser-mann seine Unzufriedenheit von der Leber, wobei er aus-sähte: „Deutschland leidet unter den politischen Verhält-nissen, deren Ursache zu einem so heftigen wirtschaftlichen Rückschlag geführt hat, besonders schwer. Fünf Millionen Menschen sind erwerbslos geworden, weil die Betriebe, kleine und große, ihnen keine Arbeit zu den bisherigen Bedingungen vermitteln können, und weil ein doktrinärer Sozialismus im Wege steht, durch entsprechend verminderten Lohn größeres Arbeitsquantum zu schaffen. Man will die Löhne nur in dem Maße herabsetzen, in dem sich die Lebenshaltung durch Preis-senkung verbilligt, und sieht nicht, daß eine Senkung nur der Nominallohne, die sich lediglich im Außenhandel und auch da ungenügend auswirken würden, bei weitem nicht zur Über-windung der Schwierigkeiten anstreift.“

Also auch die leitenden Männer der größten Bank Deutschlands sehen keinen anderen Ausweg als die Herab-drückung des sozialen Lebensstandards. Es wäre sehr inter-essant, zu erfahren, wie tief die Löhne gesenkt werden müssen, um die Wirtschaftskrise auf diese Art überwinden zu können. Wohlweislich wird ein solches Rechenexempel nicht gemacht. Wie es aber auch ausfallen möge, die Arbeiterschaft denkt gar nicht daran, alle Latten der Krise auf sich zu nehmen. Wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß eine solche Ver-schlechterung des Lebensstandards geradezu eine Katastrophe für die deutsche Wirtschaft bedeuten würde. Aber besonnen-geachtet: Wenn jemand mit einem Gehalt von über 100 000 Mark von der Notwendigkeit der Lohnkürzungen redet, so gehört schon viel dazu, ruhig zu bleiben. Wie wäre es, wenn Herr Wassermann einmal versuchen würde, mit dem Lohn eines Arbeiters auszukommen!

Frauenfragen.

Arbeitsdienstplicht auch für Frauen?

Mit der kraftvoll betonten Forderung auf Einführung der Arbeitsdienstplicht für Jugendliche sind die reaktionären Drahtzieher bis jetzt immer abgerückt. Daß Organe wie die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ es sogar an offenen Beleidigungen der unverschuldet arbeitslos gewordenen Ju-gendlichen nicht fehlen lassen, soll uns darum nicht weiter wundern. Wir können es auch verstehen, daß speziell Nazis und Deutschnationale als geschworene Militaristen die Jugend in ein militärisches System zwingen wollen und deshalb keine Propaganda scheuen. Wir haben auch so allerlei Vorschläge und Ratschläge aus dem Lager der „Neutralen“ vernommen, die ebenso undiskutabel waren, weil sie kaum als Anregung für wirklich praktische Maßnahmen zugunsten der Arbeiter-schaft in Frage kommen könnten. Was da aber das „Karl-sruher Tageblatt“ kürzlich zu schreiben wagte, ist schon wirklich eine Verhöhnung auch der arbeitenden Frauen und Mädchen. In dieser Zeitung war zur Frage „Arbeitsdienstplicht“ u. a. folgendes zu lesen:

„Wie wäre es nun, wenn man das weibliche Arbeitsdienst-jahr (Schön gesagt! D. Reb.) für alle 20—22-jährigen Fabrik-arbeiterinnen und Bürodamen einführen würde, der-gestalt, daß sie ein Jahr im häuslichen Dienst bei einer fremden, nicht verwandten Familie an einem entfernten Ort zubringen müßten, um in allen Zweigen der Hauswirtschaft ausgebildet zu werden.“

An ihrer Stelle wären in den Fabriken und Büros zwangs-weise arbeitslose junge Männer zum Lohn der betreffen-den Frauen einzustellen. Als Lohn wären den Mädchen, wie ehemals beim Militär, für den Tag 30 Pf. zu zahlen.“

So, Kolleginnen, nun wißt ihr es! Die Arbeitsdienstplicht für 20—22-jährige Fabrikarbeiterinnen soll dem Zweck dienen, aus der Frau die gewöhnliche „Magd und Dienerin“ zu machen. Die freierwerbenden Arbeitsplätze sollen dann mit Männern besetzt werden, die für ihre Arbeitsleistung mit den niedrigen Frauenlöhnen zufrieden sein müssen. Das wäre zwar ein schönes Geschäft für die daran interessierten Unter-nehmer. Aber die Rechnung ist hier ohne die Arbeiterinnen gemacht. Die auf Erwerbsarbeit angewiesenen Frauen und Mädchen werden sich nicht zwangsweise „abkommandieren“ lassen in irgendeinen fremden Haushalt am fremden Ort — für 30 Pf. „Lohnung“ pro Tag. Es fehlt eigentlich noch in der Notiz, daß die Mädchen dann, wenn dieses Arbeitsdienst-jahr um ist, einen treu-feuchtschen Mann zugesichert bekommen, damit sie ihm dienen und Kinder gebären können. Aber auch das soll ja noch kommen im „Dritten Reich“. Ihr Kolleginnen könnt euch also noch auf allerhand gefaßt machen, was man euch zu bieten wagt, wenn die Reaktion weiter erstarkt. Ihr könnt aber dazu beitragen, daß die Klassenfront der Arbeiter-schaft gestärkt wird und alle arbeiterfeindlichen Absichten der Gegner ohne Erfolg bleiben. Helft mit, die unorganisierten Arbeiterkolleginnen für den Verband zu gewinnen, damit sie besser aufgeklärt werden können und auch bei politischen Ent-scheidungen schon wissen, um was es sich handelt! Solche ab-surdigen Nazi- und Unternehmertienden werden dann wirklich nur Hirngespinnste bleiben. Leider ist die Verwirrung im poli-tischen und wirtschaftlichen Leben nicht gering, so daß viel böse und arbeiterfeindliche Reklame unbedenklich und kritik-los hingetragen wird. Aber nur die allerdümmsten Kräfte wählen ihre Metzger selber! Denkt daran, Kolleginnen!

Jugendbewegung.

Berufsunfälle der Jugendlichen.

Die fortschreitende Technisierung und Rationalisierung der Betriebe in Verbindung mit der zunehmenden Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft erfordert steigende Opfer. Not-wendiger denn je ist daher der Ausbau des Unfallschutzes, um Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Nicht dringend genug kann auch die Mahnung an die Arbeiter ge-richtet werden, bei der Ausübung ihrer Berufsarbeit Vorsicht walten zu lassen. Besonders die Jugendlichen, die das Leben noch vor sich und große Aufgaben zu erfüllen haben, tun gut, wenn sie auf die Vorschriften achten und nicht gedankenlos ihre Gesundheit aufs Spiel setzen. Man muß leider fest-stellen, daß die Zahl der jugendlichen Berufsunfälle außer-ordentlich hoch ist. In vielen Berufsgruppen ergibt die pro-zentuale Berechnung einen weit höheren Anteil der Jugend-lichen an der Gesamtzahl der Unfallverletzten als den der Erwachsenen. Es sind dies nicht etwa nur solche Berufe, die viele Jugendliche, hauptsächlich Lehrlinge, beschäftigen.

Die folgende Tabelle, einer Statistik des Gewerbeaufsichts-amtes Leipzig entnommen, zeigt den starken Anteil der Jugendlichen an den Unfällen.

Table with 3 columns: Gruppe, Jugendliche Prozent, Erwachsene Prozent. Rows include Industrie der Steine und Erden, Eisen- und Metallgewinnung, Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metall-waren, Maschinen-, Apparate-, Fahrzeugbau, etc.

Diese Feststellungen reden eine deutliche Sprache. Sie sind eine Mahnung an die Jugendlichen. Nur in der chemischen und in der Lederindustrie ist der Anteil der Jugendlichen an den Unfällen geringer als der der Erwachsenen; in den anderen hier aufgeführten Berufsgruppen ist er erheblich höher. Mit der Behauptung der Unternehmer, daß der Unfall zum Teil schwerer ist, läßt sich diese Erscheinung nicht erklären. Um die teuere Arbeitskraft zu sparen, werden die Jugendlichen häufig zu verbotenen Arbeiten herangezogen; darauf sind die meisten Unfälle zurückzuführen. Die Jugendlichen müssen selbst darauf dringen, daß die Unfallverhütungsvorschriften beachtet werden. Auch sollen sie sich nicht zu verbotenen Arbeiten drängen und damit dem Unternehmer den Vorwand geben, die Beschäftigung gegen die Vorschriften auszudehnen. Wer verunglückt ist und ein oder mehrere Glieder eingebüßt hat, hat sein Leben lang an den Folgen zu tragen.

Die Zahl der Jugendlichen, die in den der Gewerbeaufsicht unterstellten Betrieben beschäftigt sind, beträgt etwa 900 000 bis 1 000 000. Für sie gelten besondere Bestimmungen. Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit beträgt ausschließlich der Pausen acht Stunden. In Ausnahmefällen kann die Arbeitszeit für Jugendliche unter 16 Jahren um eine Stunde, für Jugendliche über 16 Jahre um zwei Stunden überschritten werden. Das Verbot der Nachtarbeit gilt nicht für Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten. Die Sonntagsruhe ist unbedingt zu halten. Die Unfallverhütungsvorschriften enthalten noch besondere Bestimmungen, die in den Betrieben ausgehängt werden müssen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche wird auch von den Jugendlichen begrüßt werden. Auch dadurch wird die Unfallziffer wesentlich verringert. Lange Arbeitszeiten, mit der dadurch entstehenden Ermüdung vermehren die Unfälle. Nach einer Erhebung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände arbeiteten von 91 000 Jugendlichen 10 Prozent mehr als zehn Stunden täglich. Rund 23 000 erhielten keinen Urlaub. Daraus geht deutlich hervor, daß die bestehenden Bestimmungen nicht überall beachtet und durchgeführt werden. Besonders in den kleinen Betrieben werden die Schutzbestimmungen wenig beachtet.

Erfreulicherweise erkennen auch die Jugendlichen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation immer mehr an. Dadurch kann der Mißachtung der Schutzvorschriften wirksamer entgegengetreten werden. Nur dort, wo die Jugendlichen gut organisiert sind, ist die Gewähr gegeben, daß die Arbeitszeit innegehalten und sie nicht zu verbotenen Arbeiten herangezogen werden. Der jugendliche Arbeiter muß selbst darauf bedacht sein, sein Leben und seine Gesundheit zu schützen. Die gesunde Arbeitskraft ist das Wertvollste, was er hat.

Nahrungsmittel-Industrie

Konferenz der Zuckerarbeiter für die Provinz Sachsen.

Am 12. April 1931 fand in Köthen eine Konferenz der in der Rübenzuckerindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, die vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau 2, einberufen war. Die Konferenz hatte folgende Tagesordnung:

1. Was bringt uns die Zucker-Kontingenterung? (Ref. Koll. Senkfeil.)
2. Lohnfragen. (Ref. Koll. Tolski.)
3. Aussprache.

Koll. Senkfeil (Hannover) gab in seinem Vortrag zunächst einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Zuckerproduktion in Deutschland. Im letzten Vorkriegsjahre betrug die deutsche Zuckerproduktion rund 27 Millionen Doppelzentner, davon führten wir rund 11 Millionen Doppelzentner aus und rund 16 Millionen Doppelzentner wurden verbraucht. Durch den Krieg ging die deutsche Zuckerproduktion sehr stark zurück. Den niedrigsten Stand erreichten wir 1919/20 mit rund 7 Millionen Doppelzentner. Unsere Zuckerproduktion ist inzwischen auf rund 25 Millionen Doppelzentner gestiegen. Während des Krieges und nach dem Kriege stieg die Rohrzuckerproduktion besonders stark. Die Produktion des Zuckers in der Welt betrug 1930 = 59 Prozent Rübenzucker und 51 Prozent Rohrzucker. Die Rübenzuckerproduktion ging bis auf 21 Prozent zurück, sie beträgt im Jahre 1930/31 wieder rund 41 Prozent. Durch die starke Steigerung sowohl der Rüben- als auch der Rohrzuckerzeugung ist eine starke Überproduktion vorhanden. Der Weltmarktpreis ist stark gesunken, während der deutsche Zuckerpreis auf 20,50 Mk. steht. Die deutsche Zuckerindustrie ist durch Schatzsüsse geschützt.

Die große Überproduktion führte zu einer internationalen Verständigung über die Ausfuhr im kommenden Jahre und in den folgenden Jahren. Danach soll Deutschland im Jahre 1930/31 500 000 Tonnen ausführen, im Jahre 1931/32 350 000 Tonnen und im Jahre 1932/33 300 000 Tonnen. Die deutsche Zuckerproduktion ist im letzten Herbst erheblich gestiegen, die deutsche Industrie wird erhebliche Zuckermengen überlagern müssen. Die Überproduktion führte dazu, daß die Zuckerindustrie durch eine besondere Verordnung vom 27. März 1931 zwangsweise zusammengeklappt wurde.

Der Redner ging dann auf die Verordnung näher ein und schildert auch die einzelnen Bestimmungen der Satzung der Wirtschaftlichen Vereinigung für die Zuckerindustrie. Die Zwangs-kontingenterung wird sich nun so auswirken, daß höchstwahrscheinlich eine Anzahl Betriebe stillgelegt werden, außerdem besteht jetzt eine einheitliche Zwangsorganisation für die Arbeitgeber. Wir müssen aus der Situation den Schluß ziehen, daß auch wir uns eine gute Organisation schaffen müssen, wenn wir unsere Interessen vertreten wollen.

Hierauf sprach der Kollege Tolski über "Lohnfragen". Die Arbeitgeber haben in allen Bezirken die Lohnverträge gekündigt. Die Höhe der Abbauforderung ist noch nicht bekannt. Die Begründung, daß die Zuckerindustrie mit der Landwirtschaft eng verbunden sei und die jetzigen Löhne nicht tragbar sind, fehlt auch diesmal nicht. Wir können allerdings beweisen, daß es der Zuckerindustrie nicht schlecht geht. Ein Lohnabbau muß von uns auf das schärfste zurückgewiesen werden, vor allem, wenn man berücksichtigt, daß durch die Kurzarbeit die Arbeiterkraft schon eine große Vorkriegszeit hat. Das Organisationsverhältnis in der Industrie kann als gut bezeichnet werden. Es beträgt ungefähr 70 Prozent. Es wurde vom Referenten noch darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn die Arbeitgeber das Unterstreifen von Redner verlangen, die Kollegen nicht selbständig handeln, sondern sich den Anordnungen ihrer Organisation fügen sollen. In Bezug auf die Arbeitszeit müssen wir in diesem Jahre danach streben, daß sämtliche Betriebe in drei Schichten arbeiten. Eine kleine Besserung ist bereits in diesem Jahre eingetreten, indem schon 10 Betriebe mehr gegenüber dem Vorjahre in drei Schichten gearbeitet haben.

Auch die Kontingenterung wurde von dem Redner noch einmal behandelt, und er stellte die Forderung auf Entschädigung für die zur Entlassung gekommenen Arbeitnehmer infolge Stilllegung auf Grund der Kontingenterung, wie wir sie bereits in anderen Industrien heute schon haben.

In der Aussprache wandten sich eine ganze Anzahl Kollegen gegen einen Lohnabbau und empfahlen eine längere Tarifdauer. Folgende Entschädigung wurde einstimmig angenommen:

Die am 12. April 1931 in Köthen tagende Konferenz der in der Rübenverarbeitenden Zuckerindustrie beschäftigten Arbeitnehmer sind empört über den von den Arbeitgebern geplanten Lohnabbau. Die Konferenz ist sich über die Lage auf dem Weltwirtschaftsmarkt im klaren, sie erkennt aber nicht an, daß durch Abbau der Löhne eine Ankurbelung der Wirtschaft erzielt wird. Die Kaufkraft der Konsumenten ist zu heben und nicht durch Lohnabbau zu senken. Die durch die Verkürzung der Arbeitszeit bedingten Lohnkürzungen haben die Kaufkraft insbesondere der Zuckerarbeiter schon derart geschwächt, daß ein Weiteres nicht mehr zu ertragen ist. Die Konferenz beauftragt daher die Gewerkschaft, gemeinsam mit der Tarifkommission alle zur Abwehr eines Lohnabbaues geeigneten Schritte zu unternehmen und nichts unversucht zu lassen, um eher einen Lohnabbau zu erreichen. Die Konferenz legt in die Lohnkommission wie bisher das Vertrauen, daß die Interessen der Zuckerfabrikarbeiter kaffräftig vertreten werden.

Kollege Tolski forderte zum Schluß die Delegierten auf, in den Betrieben von dem Stand der Dinge zu berichten, die noch nicht Organisierten dem Verband zuzuführen, da dieser durch seine bisherige Tätigkeit bewiesen hat, daß er die beste Interessenvertretung für die Arbeiterschaft ist.

Anna Ostmann.

Konferenz der altmärkischen Konservenarbeiter.

Am 19. April tagte in Stendal eine Konferenz der Arbeitnehmer der Konservenindustrie in der Altmark. Kollege Senkfeil (Hannover) sprach über die gegenwärtige Wirtschaftslage in der Konservenindustrie. Große Konzerne, fährt er aus, wie wir sie in anderen Industrien zu verzeichnen haben, sind in der Konservenindustrie nicht vorhanden, sondern es herrscht noch der Einzelbetrieb vor.

Eine Statistik über den Umfang der Produktion in der Konservenindustrie gibt es nicht. Daher ist keinerlei Kontrolle möglich, um die Produktion mit der Konsumtion in Einklang zu bringen. Die Konservenfabrikanten haben sich bemüht, die Rohstoffpreise herabzudrücken. Die Rohstoffpreise hängen aber sehr vom Wetter ab. Sie lassen sich nicht willkürlich bestimmen.

Redner streifte die Ein- und Ausfuhrfrage und zog Vergleiche zwischen der Vorkriegs-, Nachkriegs- und Jetztzeit. Er zeigte dabei auf, wie nachteilig es sich für die Konservenindustrie auswirkt, daß über die Produktion und über den Verbrauch keine Kontrolle besteht. Zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise für die Konservenindustrie übergehend, schilderte Kollege Senkfeil, welche Folgen der Lohnabbau für die verbrauchenden Industrien hat. Durch die Lohnkürzung ist die Kaufkraft gesunken und dadurch ist der Verbrauch und in weiterer Folge auch die Produktion zurückgegangen, also eine Verschärfung der Krise erfolgt.

Es ist damit erwiesen, daß unsere Meinung richtig ist, daß die Krise nur durch Erhöhung der Kaufkraft, also Steigerung des Reallohns, bekämpft werden kann.

Aber Lohnfragen referierte Kollege Tolski. Die Arbeitszeit in der Konservenindustrie ist gewaltig eingeschränkt worden. Das zeigt sich besonders bei der Beschäftigung der Stammarbeiter, die in diesem Jahre zu einem sehr erheblichen Teile aussetzen müssen, während sie in den Vorjahren durcharbeiteten. In Ausnutzung der Krise stellen die Unternehmer trotz des für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages die Arbeitnehmer vielfach vor die Wahl, unter Tarif zu arbeiten oder entlassen zu werden.

In unserem Bezirk forderten die Unternehmer einen Lohnabbau von 15 Prozent. In Braunschweig ist der Vertrag bereits neu abgeschlossen, und zwar nur auf drei Monate, um so einem zweiten Lohnabbau die Wege zu ebnen. Die Arbeitszeitfrage spielt bei der Lohnfrage eine große Rolle. Selbst die Unternehmer wissen, daß, wenn die Arbeitszeit allgemein verkürzt wird, es mit weiterem Lohnabbau vorbei ist. Daher ihr Bestreben, die Arbeitszeitverkürzung zunächst zu verhindern. In der Aussprache beteiligten sich Wand, Feick, Abel, Frieda Mennes, Leff und Spring (Stendal) und Schnell (Seehausen). In ihren Schlußworten behandelten die Referenten besonders das Problem der Arbeitszeitverkürzung noch näher und bewiesen dabei, daß die Gewerkschaften in den Vordergrund ihres gegenwärtigen Kampfes die Arbeitszeitverkürzung zu stellen haben.

Papier-Industrie

Forderungen zum kommunistischen Bezirkslohnstarif.

In Nr. 3 vom 5. Januar 1931 des „Klassenkampfes“ veröffentlicht die KPD. ihren Entwurf eines Bezirkslohnstarifs für die Papiererzeugungsindustrie im Bereiche der Sektion VIII, also in Mitteldeutschland.

Der Entwurf umfaßt 13 Paragraphen. Abergläubische Gemüter sehen 13 als eine Unglückszahl an. Hoffen wir, daß dieses für die Unglücksraben der KPD. nicht zutrifft.

Im § 1 wird gefordert, daß der Vertrag Gültigkeit für alle Arbeiter der Papiererzeugungsindustrie im Sektionsbereich der Papiermacherberufsgenossenschaft haben soll. § 2 schafft die bisherige Ortsklasseneinteilung ab und stellt dafür eine Lohnstapel auf, die für alle Betriebe im Lohnbezirk gelten soll. Da wird zunächst die Forderung erhoben, daß für männliche und weibliche Arbeitnehmer für die gleiche Arbeitsleistung der gleiche Lohn gezahlt wird. Auf den ersten Augenblick erscheint diese Forderung recht revolutionär. Für den Fachmann der Papiererzeugungsindustrie ist sie dagegen sofort als Bluff erkennbar. Uns ist wenigstens nicht bekannt, daß in der Papiererzeugungsindustrie Arbeiterinnen und Arbeiter die gleiche Arbeit verrichten. Sollte es vereinzelt doch einmal vorkommen, daß Arbeiter infolge ihres Alters zu Arbeitsunfähigkeiten herangezogen werden, die in den Bereich der weiblichen Arbeitsleistungen fallen, dann sind wir allerdings so sozialfaschistisch verfeuert, daß wir in solchen Fällen die alten Arbeiter, die ihre Kräfte der Firma gewidmet haben, noch nicht mit Arbeiterinnenlöhnen abpassen lassen.

Sodann werden die Papierarbeiter in vier Gruppen eingeteilt, und zwar umfaßt Gruppe 1 die Betriebsarbeiter (angeleitete Arbeiter), Gruppe 2 die angeleiteten Arbeiter, Gruppe 3 die Handwerker, Maschinenisten und Feizer, Papiermaschinenführer und Holländermüller und Gruppe 4 die Lehrlinge.

Diese Einteilung zeigt, daß der Verfasser des Entwurfs weder von der Papierfabrikation praktisch etwas versteht, noch einen Einblick in die Mentalität der Arbeiterschaft hat. Der gute Mann verrät sofort, daß er sich seine gewerkschaftlichen Sporen in der Chemie verdient hat, in der diese Gruppeneinteilung berechtigt und insofern auch vorhanden ist. Wir vermuten deshalb wohl richtig, daß der Verfasser dieser Forderung in dem ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden der Leunawerke und von der KPD. abgehalfterten Reichstagsabgeordneten Schmidt zu suchen ist.

Betriebsarbeiter im Sinne des chemischen Tarifvertrages kennen wir in der Papiererzeugungsindustrie nicht. Die angeleiteten Arbeiter beschränken sich auf Hof-, Verlade- und einige andere kleine Hilfsarbeitergruppen. Neben den Handwerkern, Maschinenisten und Feizern stellt die Mehrzahl dieser sogenannten Betriebsarbeiter in der Papiererzeugungsindustrie Facharbeiter dar, angefangen vom Pressenfeizer bis zum Maschinenführer oder Kochmeister. In einigen ganz großen Konzernbetrieben mögen ein paar Handwerkslehrlinge vorhanden sein. Außer den sogenannten kommunistischen Gewerkschaftslehrlingen ist sonst der Begriff Lehrlinge in der Papiererzeugungsindustrie unbekannt.

Nach sozialfaschistischer Art werden von der revolutionären KPD. die einzelnen Arbeitergruppen nach Altersklassen eingeteilt; also auch keine revolutionäre Errungenschaft. Dafür fordert man Löhne für die Betriebsarbeiter im Alter von unter 18 bis über 21 Jahre von 0,80 bis 1,10 Mk., für angeleitete Arbeiter von unter 18 bis über 21 Jahre von 1,15 Mk., für Handwerker, Maschinenisten und Feizer, Papiermaschinenführer und Holländermüller im Alter von unter 18 bis über 21 Jahre von 1,10 bis 1,20 Mk., für Lehrlinge vom 1. bis 3. Lehrjahr zwischen 0,30 und 0,75 Mk.

In ihrer tatsächlichen Unfähigkeit haben die Leiter der KPD. vorgefallen, anzugeben, ob diese Löhne Stunden-, Tage-, Wochen-, Monats- oder gar Jahresverdienste sein sollen. Wir nehmen zugunsten der KPD. das erstere an und versichern freimütig, daß wir, wenn auch nicht in der von der KPD. eingeschlagenen Einteilung, diese Löhne wirklich nicht als übertrieben hoch empfinden. Leider wird aber auch die KPD. die Erfahrung machen müssen, daß zwischen der Aufstellung von Forderungen und ihrer Durchführung immer noch ein kleiner Unterschied besteht.

Da der Verfasser dieser Forderungen seine Unwissenheit im Fabrikationsprozeß der Papiererzeugungsindustrie sehr gut kennt, verlangt er, daß durch Vereinbarung zwischen Betriebsvertretung und Betriebsleitung festgesetzt werden soll, in welche Gruppe die einzelnen Arbeitnehmer gehören.

Im § 3 des Bezirksrahmenvertrages wird verlangt, daß die Löhne unter Zugrundelegung des Reichsrahmentarifvertrages durch ein besonderes Abkommen geregelt werden und einheitlich für das ganze Tarifgebiet gelten. Dagegen soll nach § 4 die Lohnstapel unabhängig vom Reichsrahmentarifvertrag zum 1. eines jeden Monats mit vierwöchiger Kündigungsfrist kündbar sein. Uns scheint, daß gerade dieser Paragraph in der heutigen Wirtschaftskrise den Unternehmern zur Durchsetzung ihrer Lohnabbauforderungen die größten Vorteile bietet.

§ 5 bringt dann die von uns bereits erwähnte Lohngruppen-einteilung der Arbeiter zur Lohnstapel. § 6 erwähnt nochmals, daß die Einteilung der Arbeiter in diese Gruppen durch Vereinbarung zu geschähen hat. Im § 8 wird bestimmt, daß die täglich 6 Stunden beschäftigten Arbeitnehmer derartig hohe Zuschläge erhalten, daß eine Minderentlohnung gegenüber denjenigen mit einer 7stündigen täglichen Arbeitszeit nicht eintritt. Dieser § 8 stützt sich auf den § 3 des kommunistischen Entwurfes zum Reichsrahmentarifvertrag, der die Arbeitszeit regeln soll. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, diese Forderung zwar keiner weiteren Kritik zu unterziehen, aber doch darauf hinzuweisen, wie die kommunistische Arbeitszeit in Sowjet-Rußland sich ausgewirkt hat.

Nach dem amtlichen Sowjet-Organ „Sa Industrialfazita“ wird die amtlich angeordnete Arbeitswoche nicht nur nicht eingehalten, sondern die Sowjet-Arbeitswoche stehe in vielen der größten Industriezweige vor der Liquidation. Durch Revisionen wurde festgestellt, daß sich bereits seit drei Monaten in den großen Fabriken niemand an die angeordnete neue Arbeitsform kümmert. Der Anteil der Arbeiter, die die Sowjet-Arbeitswoche noch einhalten, sinkt immer mehr, und zwar gerade in den Betrieben, die die wichtigsten Aufgaben der Volkswirtschaft zu erfüllen haben. In Leningrad sei von dieser Reform überhaupt nichts mehr zu merken. Im Gegenteil sei eine immer hartnäckiger werdende Rückentwicklung zur früheren Arbeitszeit zu beobachten.

Damit ist anscheinend auch der Traum von der Fünfstundenwoche und des Siebenstundentages in Sowjet-Rußland zu Ende.

Der Arbeiterrat bestimmt nach § 7, in welchen Fällen für gesundheitschädliche und schmutzige Arbeiten Zuschläge in fester Form zu zahlen sind. Diese Zuschläge müssen auch bei Änderung der Lohnstapel besonders geregelt werden. Man gibt also damit den Unternehmern bei niedrigerer Konjunktur wie der heutigen auch das Recht, nicht nur einen Abbau der Löhne, sondern auch einen Abbau der Zuschläge zu fordern.

Die Forderung nach § 9, daß Arbeitskleidung, Seife, andere Reinigungsmittel, Handtücher vom Unternehmer den Arbeitern unentgeltlich zu liefern sind, daß der Unternehmer notwendige Schutzkleidung und deren Reinigung sowie Instandsetzung zu besorgen hat, ist ebenfalls als gewerkschaftliche Forderung nicht neu. Sie spricht aber wiederum dafür, daß der Verfasser des Entwurfs von der Papiererzeugungsindustrie recht wenig Ahnung hat und mehr an die Arbeitsverhältnisse in der chemischen Industrie denkt, sonst hätte er klar umreißen müssen, für welche Arbeitsverrichtung in der Papiererzeugungsindustrie diese Lieferungsspflicht für den Unternehmer besteht. Der Verfasser blüht sich aber damit, daß diese Frage durch die Betriebsvertretung zu regeln ist. Vorlichtergerweise gebraucht er das Wort „regeln“, um die Papierarbeiterschaft in unklaren darüber zu lassen, ob dabei der Unternehmer mit, oder die Betriebsvertretung allein zu bestimmen hat.

§ 10 bringt die Selbstverständlichkeit zum Ausdruck, daß durch diese Bezirkslohnvereinbarungen und den Reichsrahmentarifvertrag das Lohn- und Arbeitsverhältnis für die Vertragsdauer abschließend geregelt ist und eine Herabsetzung der Löhne als Vertragsbruch gilt.

Im § 11 verlangt der Entwurf, daß Ausführungsbestimmungen zu diesem Tarif sowie zum Reichsrahmentarif nur zwischen den vertragschließenden Parteien vereinbart werden dürfen. Bei anderen Verträgen erlaubt sich allerdings die KPD. die Frechheit, nicht nur Forderungen zu stellen, sondern das Vertragsverhältnis auf jede nur mögliche Art und Weise zu stören. § 12 bestimmt, wann das Abkommen in Kraft tritt und daß es am Ersten jeden Monats mit vierwöchiger Frist kündbar ist. Auch diese Bestimmung bezüglich der Kündigung kommt in Krisenzeiten den Unternehmern sehr zustatten. Der Schlußparagraph 13 bestimmt, daß der Mantelvertrag vom Unternehmer in allen Abteilungen sichtbar aufzuhängen ist.

Damit ist die Weisheit der KPD. erschöpft. Das gesamte Produkt ist alles andere als revolutionär, sondern atmet durchweg einen „sozialfaschistischen Geist“. Wir wissen noch nicht, ob der Verfasser dieses Produkts von Väterschen Stalin wegen rechter oder linker Abweichung von der krummen Sowjetlinie zur Verantwortung gezogen wird. Eines aber wissen wir bestimmt, daß unter dem heutigen kapitalistischen System die Unternehmer über diesen Entwurf recht herzlich lachen, dagegen die kommunistischen Arbeiter wahrscheinlich heute schon enttäuscht sind, nachdem es Schmidt und Genossen trotz Streik weder in Krawall noch in Rabenell gelang, ihren Entwurf zur Einführung zu bringen. Wenn es bloß darauf ankäme, Entwürfe zu fabrizieren, dann wäre die soziale Lage der deutschen Arbeiterschaft längst gelöst, dann bräunte sie wirklich nicht zu warten, bis einige rabiat gewordene und von Rußland kommandierte Seilapostel ihre gewöhnlichen „reform-mistischen“, wenn auch etwas ungeschickt abgefaßten Auswege zeigen.

Da auch die KPD. nicht in der Lage ist, ein Radikalmittel zur Lösung der Wirtschaftskrise und der sozialen Belange der Arbeiterschaft in durchführbarer Form anzugeben, bleibt der Arbeiterschaft gar nichts anderes übrig, als die KPD. als eine arbeiterschädigende, die Gewerkschaftsorganisationen sprengende und dem kapitalistischen Unternehmertum Hilfsdienste leistende Vereinigung politischer Querulanten anzusehen. Darum gilt im Verhältnis der Arbeiterschaft zur KPD. das bekannte Sprichwort: „Für die allerdümmsten Räuber wählen ihren Regier selber“. Ein Glück nur, daß die deutsche Arbeiterschaft viel zu nächsten denkt, um den Kommunisten noch mehr solche wirtschaftlichen Schlachtfeste wie im Ruhrgebiet und in der Papiererzeugungsindustrie im Bezirk Halle zu liefern.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Die Krise der Invaliden- und Altersversicherung.

Die Wirtschaftskrise hat nicht allein die Krise der Arbeitslosenversicherung heraufbeschworen, auch die Invalidenversicherung wurde von ihr stark in Mitleidenschaft gezogen. Da die Zahl der Beschäftigten sinkt, sinken auch die Beitrags-

elnahmen der Invalidenversicherung. Angesichts der Dauerarbeitslosigkeit stellen aber auch solche Arbeitnehmer ihre Rentenansprüche wegen Berufsunfähigkeit oder Invalidität, die sonst unter günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen, den Arbeitsverdienst einer Versicherungsrente vorgezogen hätten.

Die Beitragseinnahmen sanken im Jahre 1930 gegenüber dem Vorjahr um 9,5 Prozent: von 1092 Millionen auf 988 Millionen Mk. In der Invalidenversicherung steigt der Zugang an Invalidenrenten in stärkerem Umfang als früher. Betrag dieser Zugang in den letzten Jahren fast unverändert 260 000, so hat er sich im letzten Jahre sehr erheblich erhöht; die endgültigen Zahlen stehen uns noch nicht zur Verfügung. Die Gesamtzahl der Renten betrug 1930 3 462 200. Der Einnahmeüberschuß, der 1929 noch 304 Millionen Mk. betrug, belief sich im Jahre 1930 nur noch auf 53 Millionen. Da die Beitragseinnahmen 1931 nicht in dem Umfang steigen können, wie es der Neuzugang der Invaliden erfordert, ja sogar ein Rückgang der Beitragseinnahmen droht, so befindet sich die Invalidenversicherung bereits im Zustand einer Krise. Dabei sind die Renten außerordentlich geringfügig. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts („Wirtschaft und Statistik“, zweites Märzheft) betrug die durchschnittliche Höhe der monatlichen Rentenbeträge im ersten Vierteljahr 1930 (ohne Kinderzuschlag) 37,71 Mk., die der Witwenrenten 22,39 Mk. und der Waisenrenten 16,90 Mk. im Monat.

Wirtschaftliches.

Der günstige Abschluß der Arbeiterbank.

Die Abschlüsse der Großbanken, die Zusammenbrüche zahlreicher Klein- und Mittelbanken haben uns gezeigt, wie die industrielle Produktionsstagnation und die hohe Arbeitslosigkeit auf die Geldinflation eingewirkt haben. Demgegenüber zeigt der Abschluß der Arbeiterbank ein verhältnismäßig erfreuliches Bild. Sie hat ihre Aufwärtsentwicklung fortgesetzt. Natürlich vermochte sich auch die Bank der freien Gewerkschaften nicht den Einwirkungen der Wirtschaftskrise zu entziehen. Wenn die Finanzen der Gewerkschaften durch die Unterfützung ihrer in Not geratenen Mitglieder so außerordentlich in Anspruch genommen werden, so muß dies auch auf das Finanzinstitut der Gewerkschaften von Einfluß sein. Deshalb ist es beachtlich, daß die Gesamteinnahmen nicht zurückgegangen, sondern gegenüber dem Vorjahr noch von 163,2 auf 167,9 Millionen gestiegen sind. Hierin kommt das Vertrauen zum Ausdruck, welches der Bank der Gewerkschaften auch von den privaten Einlegern entgegengebracht wird.

Der Jahresbericht der Arbeiterbank geht ausführlich auf die Wirtschaftsentwicklung ein. Das verhängnisvolle Ergebnis der Reichstagswahlen habe das Vertrauen in eine stetige Entwicklung Deutschlands derart erschüttert, daß nicht nur keine neuen fremden Mittel der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt, sondern namhafte Auslandsguthaben abgezogen und eine recht beträchtliche Flicht heimischen Kapitals eingesetzt habe. Die dadurch bewirkte Verknappung mußte den Krisenablauf unheilvoll beeinflussen: In dem Jahresbericht heißt es u. a.:

„Die private Wirtschaft sah alles Heil in ihrer eigenen Entlastung. Ihr genügte nicht der starke, in der Annahme der Arbeitslosigkeit sich ansprechende Abbau von Arbeitskräften, sie forderte vielmehr vor allem neben der Senkung aller öffentlichen Ausgaben, sowohl der staatlichen als auch der Sozialversicherungsbeiträge, einen jähren Lohnabbau, den sie auch zum großen Teil bereits durchgesetzt hat. Abgesehen davon, daß ein solches Vorgehen einseitig denen die aus Überakkumulation und damit Überinvestition entspringenden ungünstigen Folgen überbürdet, die dafür, weil von der Wirtschaftsentwicklung ausgeschlossen, nicht verantwortlich sind, scheint es uns völlig den in einer Stärkung der Konsumkraft liegenden Heilfaktor außer acht zu lassen.“

Die Organisation des Instituts hat dadurch einen weiteren Aufschwung erfahren, daß die Zahlstellen Hannover, München und Saarbrücken in Filialen umgewandelt und weitere selbständige Zahlstellen in Braunschweig, Essen, Köln, Liegnitz, Magdeburg und Stuttgart sowie eine Depotkassette im Parteihaus der SPD in Berlin errichtet wurden. Bei allen Filialen und Zahlstellen hat die Entwicklung durchaus den gewünschten Erwartungen entsprochen. Die Gesamtzahl der Angestellten hat sich im Berichtsjahr von 160 auf 215 gesteigert. In den Betrieben der Bank wurde Mitte 1930 die 40-Stunden-Woche für die Angestellten eingeführt. Der Bankumsatz stieg von 2,787 Milliarden im Jahr 1929 auf 3,363 Milliarden im Jahr 1930. Innerhalb des Gesamteinnahmebestandes stehen die Spareinlagen die Verankerung ihres Anteils fort. In jederzeit veränderlichen eigenen Wertpapieren sind nach der Bilanz 11,63, gegen 9,45 Millionen im Vorjahr, angelegt. Die eigenen Effekten bestehen vorwiegend aus festverzinslichen mündelsicheren Papieren. Die Verwendung der Arbeiterbank andererseits Gelder erfolgt unter besonderer Vorsicht. Unter den Kreditnehmern der Arbeiterbank befinden sich die Betriebe und Organisationen der Arbeiterbewegung mit 37,6 v. H. an erster Stelle. Es folgen öffentliche rechtliche Institutionen mit 39,26 v. H. und sonstige Kreditnehmer mit 4,98 v. H. Die Arbeiterbank hat nach wie vor den Bau von Wohnungen unterstützt. Insgesamt wurden 1930 10 322 Wohnungen mit den von der Bank zur Verfügung gestellten Mitteln erbaut. Von den der Arbeiterbank nachstehenden Instituten hat sich namentlich die hannoversche Bodenkredit-Bank günstig entwickelt. Die günstige Entwicklung der Arbeiterbank kommt in der Gewinn- und Verlustrechnung deutlich zum Ausdruck. Die Gesamteinnahmen stiegen von 4,43 auf 5,37 Millionen. Die Handlungskosten erhöhten sich durch Errichtung neuer Filialen und Depotkassen von 1,97 auf 2,28 Millionen. An Gewinnen blieben 3,40 Millionen im Vorjahr geblieben. Der Reingewinn beträgt 2,137 Millionen gegen 2,118 Millionen im Vorjahr. Die Verteilung des Reingewinns geschieht in folgender Form: Jeweils aus dem gesetzlichen Reservefonds 500 000 Mark, aus dem Spezial-Reservefonds 300 000 Mark, Zuschüttung einer Spezialreserve 900 000 Mark und auf neue Rechnung ... auf 377 000 Mark vorgetragen.

Das Gesamtvermögen des Geschäftsbereiches der Arbeiterbank beträgt zu großen Hoffnungen. Sie hat die Krise bisher gut überstanden, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß das Geschäft der Arbeiterbank sich weiter günstig entwickeln wird. Das Vertrauen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in ihre Bank wird sich weiter in der Weise ausdrücken, daß die Mittel der Arbeiterbank den eigenen Institutionen gehören und von diesen im Sinne ihrer Einleger verwendet und angelegt werden.

Genossenschaftsbewegung.

Landwirtschaft und Konsumvereine.

Der konzentrische Abgesandte des Ministeriums des Reichsanwaltschafts in einer Stadtratsbesprechungsversammlung in Weimar. — nach einem Zeitungsbericht — kategorisch den besten Zusammenhang zwischen Erzeugern und Verbrauchern, besonders bei den Agrarprodukten. Das könne nur durch den engeren Zusammenhalt zwischen den landwirtschaftlichen und den Konsumgenossenschaften geschehen. Dies sei der einzige Weg zu einem neuen Preisabbau. Ganz besonders begrüßte er es, daß

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang April 1931.

Den Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industrien unseres Verbandes zeigen folgende Verhältniszahlen an:
Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

1931	Ende Februar			Ende März		
	männl.	weibl.	Insges.	männl.	weibl.	Insges.
Fabrikarbeiterverband	34,4	27,9	33,0	34,1	27,6	32,7
In der Industriebranche:						
Chemie	22,7	23,0	22,8	23,9	22,5	23,6
Papier	18,6	17,5	18,4	19,3	19,4	19,3
Nahrungsmittel	23,5	32,7	25,4	23,1	32,5	26,4
Spielwaren, Blumen und so weiter	49,9	38,4	43,5	47,2	37,2	41,5
Sonstige Industrien	44,5	26,4	39,7	43,1	26,8	38,8
Keramischer Bund						
insgesamt	50,0	35,4	47,4	49,1	34,6	46,6
a) Porzellan	33,3	26,2	30,6	32,7	25,7	30,1
b) Glas	41,9	36,8	41,2	42,1	37,3	41,4
c) Grobkeramik usw.	60,2	50,4	59,2	59,1	50,8	58,4

Arbeiterverkürzungen

Fabrikarbeiterverband	Ende Februar			Ende März		
	männl.	weibl.	Insges.	männl.	weibl.	Insges.
insgesamt	16,7	21,9	17,5	16,5	19,	17,1
In der Industriebranche:						
Chemie	20,6	22,5	21,0	23,0	21,8	22,7
Papier	23,1	27,5	24,0	21,6	22,9	22,0
Nahrungsmittel	16,1	6,1	13,6	17,9	5,9	15,0
Spielwaren, Blumen und so weiter	22,6	28,1	25,6	28,9	29,7	29,4
Sonstige Industrien	7,7	9,6	11,2	10,3	10,5	10,4
Keramischer Bund						
insgesamt	14,2	24,8	16,1	12,8	22,3	14,4
a) Porzellan	36,7	38,4	37,4	30,5	30,8	30,6
b) Glas	9,9	10,9	10,0	9,3	12,3	9,7
c) Grobkeramik usw.	8,9	11,3	9,1	8,5	13,6	9,0

Der geographischen Verteilung nach hat die Arbeitslosigkeit in unserem Verbandsgebiet eine leichte Verringerung erfahren in den östlichen Provinzen. Der stärkste Rückgang wird aus Südbayern berichtet, von 27,8 v. H. auf 21,4 v. H. In den anderen Bezirken ist der Rückgang nur sehr geringfügig. In einigen Bezirken wurde sogar eine Steigerung festgestellt, was wohl aus den ungünstigen Witterungsverhältnissen Ende März zu erklären ist. Frost und Schnee verhinderten die Aufnahme der Außenarbeiter. Den niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit hatte Südbayern mit 21,4 v. H. und Württemberg mit 22,4 v. H., den höchsten Ostpreußen mit 54,4 v. H. Ganz allgemein haben die nord- und ostdeutschen Bezirke eine verhältnismäßig höhere durchschnittliche Arbeitslosigkeit als die süd- und westdeutschen Bezirke.

Jn der chemischen Industrie ist die Arbeitslosigkeit noch weiter gestiegen, ebenso in der Papiererzeugungsindustrie. In der Nahrungsmittelindustrie ist eine weitere Verschlechterung nicht eingetreten. Neueinstellungen und Betriebsaufnahmen haben in der Glasindustrie die Stilllegungen und Entlassungen nicht ausgleichen können. Auch hier eine kleine Erhöhung der Arbeitslosenzahlen. Ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit konnte festgestellt werden in der feinkeramischen Industrie, in der Spielwarenindustrie und in der Gruppe „Sonstige“ Industrien. In der grobkeramischen und Baustoffindustrie war der Rückgang außergewöhnlich gering im Vergleich zu anderen Jahren.

Zur Zeit in Stuttgart eine Großschlachtereier für alle süddeutschen Konsumvereine im Bau sei. Durch entsprechende Verträge sei es hier möglich, dem Landwirt und dem Verbraucher gleichermaßen zu helfen und den Zwischenhandel auszuscheiden. Vogt bedauerte es, daß die Landwirtschaft die Krafquelle zwischen Konsumvereinen und Landwirtschaft noch nicht erkannt habe, und gab offen zu, daß er wegen seiner Haltung in dieser Frage viel von seiner Seite angegriffen werde. Der Zusammenschluß zwischen Landwirtschaft und Konsumgenossenschaften sei aber unerlässlich.

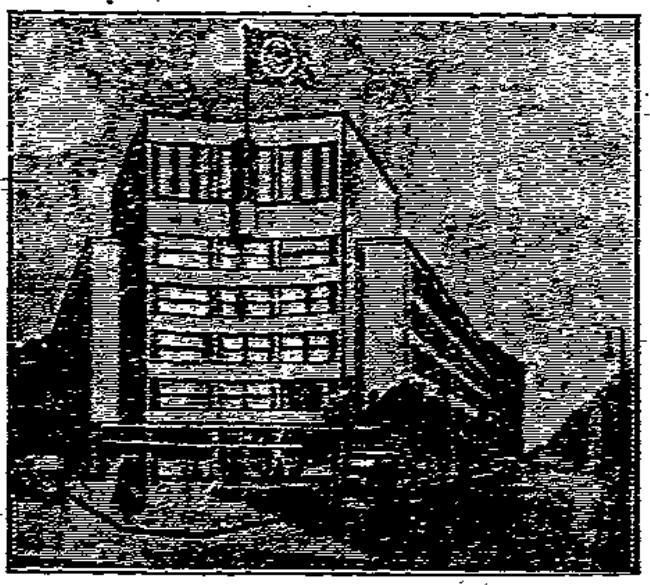
ein Kursus „Nichtiges Deutsch“. Auf Wunsch sollen ferner Tageskurse für Teilnehmer mit ungünstiger Arbeitszeit eingerichtet werden. Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 Mark erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin N 54, Rosenhauer Str. 13.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Konferenz der Gewerkschaftsredakteure.

Am 21. und 22. April tagte in Berlin eine Konferenz der Redakteure der 22 ADG, angehörenden Gewerkschaften, in der der Vorsitzende des Fachanschlusses der Gewerkschaftspresse, Kollege Scheffler, über die Tätigkeit des nunmehr zwei Jahre bestehenden Fachanschlusses berichtete. Der Fachanschluß will durch gemeinsame kollegiale Beratungen den Ausbau der Gewerkschaftspresse fördern, er will eine Vertretung der Gewerkschaftspresse nach außen hin, den Behörden und der politischen Tagespresse gegenüber, sein, und er will vor allem der Bedeutung und der Wichtigkeit der Presse der freien Gewerkschaften Geltung in der Öffentlichkeit verschaffen. Kollege Scheffler konnte über gute Erfolge der zweijährigen Arbeit des Fachanschlusses berichten. In der steigenden Bedeutung der Gewerkschaftspresse in der Öffentlichkeit und dem immer größer werdenden Interesse der Verbandsmitglieder an ihren Zeitungen hat der Fachanschluß durch sein Wirken jedenfalls viel beigetragen.

Im weiteren Verlauf der Konferenz hielt Herr Schäfer vom Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit einen interessanten Vortrag über „Rationalisierung als Bewegung“. Ferner wurde die Lindlar-Fabrikwerke beschäftigt. Von der Leistungsfähigkeit und der gediegenen Arbeit dieses Unternehmens der freien Gewerkschaften hatten die Teilnehmer bei der Besichtigung den besten Eindruck, der eine möglichst aktive Unterstützung dieses Unternehmens rechtfertigt.



Die Konferenz tagte im neuen Hause des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Ein Rundgang durch dieses schöne, zweckmäßig eingerichtete Haus ließ in manchem Teilnehmer einen stillen Reiz aufkommen. Das obensehende Bild gibt die Außenansicht des Metallarbeiterhauses wieder.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. Anfang Mai beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angehörigen Groß-Berlins neue Anfangskurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt

Verbandsnachrichten.

- Die Abrechnung über das 1. Quartal haben eingefandt:**
- Gau 1: Fürstberg, Gr.-Hauslingen, Nienburg, Bramsche, Freden, Hann.-Münden, Rinteln, Uzen, Bisselshövede, Westerberg, Fallersleben, Lachendorf, Oberkärnten, Lübbecke, Soltan.
 - Gau 2: Burg, Eilenburg, Goldbeck, Klöße, Salzwedel, Seehausen, Burzdorf, Dörfau, Herzberg, Hornburg, Calbe, Loburg, Müdenberg, Stendal, Wismark, Osterburg, Rogätz, Schönbeck.
 - Gau 3: Gransee, Freienwalde, Neuwedel, Ruffin, Potsdam, Mühlentack, Rheinsberg, Sperenberg, Sommerfeld, Schwiebus, Töpchin, Treuenbriehen, Arnswalde, Herzfelde, Perleberg, Radnitz, Storkow, Berlin, Jüterbog, Oranienburg, Prenzlau, Vordamm.
 - Gau 4: Barth, Briel, Dramburg, Fürstberg, Falkenburg, Grabow, Greifswald, Labes, Güstrow, Neustrelitz, Hagenow, Parchim, Strelitz, Warnemünde, Wismar, Dömitz, Fiddichow, Gollnow, Greifenhagen, Rathsin, Stolp, Stolzenburg, Uckermünde, Wittenburg, Jarnaglass, Swinemünde, Stargard, Kolberg, Lödnitz, Lübbchen, Neustettin, Plau, Schwerin, Stavenhagen, Stralsund, Treprow, Waren.
 - Gau 5: Allenstein, Insterburg, Danzig, Elbing, Raffenburg, Bischofsburg, Heilsberg.
 - Gau 6: Glogau, Opatow, Gleiwitz, Ratibor, Ziegenhals.
 - Gau 7: Döbeln, Markranstädt, Otfendorf, Dhrilla, Jitzau.
 - Gau 8: Artern, Pößneck, Fraureuth, Treffurt, Gotha, Mibla, Rudolstadt, Waltershausen, Arnstadt, Blankenberg, Ellrich, Kahle, Niederjochswerten, Rodach, Könnig, Sonneberg, Schleusingen, Stadtilm, Alstedt, Heiligenstadt, Lützen.
 - Gau 9: Alzberg, Hirschau, Stockheim, Konstein, Amberg, Kronach, Bamberg, Neumarkt, Bayreuth, Schirnding, Ebersdorf, Schmalz, Erlangen, Schwarzenbach, Forchheim, Thiersheim, Kipferberg, Waldsassen, Rothenburg, Schönwald, Warmensteinach, Weissenburg, Windsheim, Ansbach, Marktreuth, Stadtheimach, Lefkau, Weisau.
 - Gau 10: Fleck, Marienstein, Lärkheim, Freising, Osmund, Oberan, Rosenheim, Neuburg, Straubing, Kempten.
 - Gau 11: Waldsuhl, Offenburg, St. Georgen, Wangen, Aitrach, Freiburg, Karlsrube, Pforzheim, Rottweil, Stuttgart, Baienfurt, Eßlingen, Ulm.
 - Gau 12: Rodenhäuser, Gernersheim, Heidelberg.
 - Gau 13: Frankfurt, Kassel, Worms, Darmstadt, Fulda, Höhr, Korbach, Limburg.
 - Gau 14: Sonst, Gumpersbach, Neumied, Oberbruch, Stolberg.
 - Gau 15: Brake, Gladbach, Kiel, Emden, Geesthacht, Leer, Papenburg, Wefermünde, Westerland, Wittmund, Brunsbüttelkoog, Lauenburg.
 - Gau 16: Bochum, Dillmen, Emmerich, Herdecke, Witten, Arnberg, Bredelar, Brilon, Neubeckum, Siegen, Wesel, Annen, Münster, Scheuerfeld, Wuppertal.

Ausgeschlossen

wurde gemäß § 14 Ziffer 3d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Stuttgart: Walter Schille, Mitgl.-Nr. 1 001 179.

Literarisches.

Die Zeitschrift 1931, 20 Seiten Umfang, Preis 25 Pf., herausgegeben vom Verlag J. B. Metz Nachf., Berlin, steht im Zeichen des Kampfes gegen Nationalsozialismus und soziale Reaktion. Von ihr wird Widerpruch, in den die kapitalistische Welt geraten ist, zeigt W. H. Pittman in wichtigen Sätzen auf, vom gewerkschaftlichen Standpunkt beleuchtet Peter Graham das soziale Thema. Louis Geuder behandelt in ergreifenden Worten das Arbeitslosenproblem, in praktischer Arbeit ruft Friedrich Heine die Jugend an. Sie rufen sie die imponierende künstlerische Ausstattung, die der Verlag der Zeitschrift hat angebracht lassen und die die Zeitschrift zu einer graphischen Meisterleistung gemacht hat. In bezug auf die Volksbuchausgaben und deren Vertriebsstellen.

Wag-Engels und der kapitalistische Staat, herausgegeben von Paul Ransoff, Leipzig, 1. B. Metz Nachf. Die Reihe der sozialdemokratischen Lehr- und Lehrbücher wird mit dem Buch „Wag-Engels und der kapitalistische Staat“ fortgesetzt. Das von gewisser Seite veröffentlichte Bild von dem Verhältnis des Staatsoberhauptes zum Volk ist in „Wag-Engels und der kapitalistische Staat“ durch engere, aber durch die Arbeit der Verfasser in den Schriften von Marx und Engels beleuchtet. Es ist interessant, sich in diese Gedankenwelt über den Staat, über Revolution und Paragrafen zu vertiefen. Das Werk kostet 30 Pf. und ist durch jede Volksbuchausgabe zu beziehen.

Chemische Industrie

Ein gewissenloser Gummi-Fabrikant zu Gefängnisstrafe verurteilt

Wir berichteten im "Proletarier" Nr. 11 vom 15. März 1930 über Benzolvergiftungen in der Gummi-Fabrik der Firma Dr. Hörnes, P. Alog & Co. in Wiener Neustadt, wobei die gesamte Belegschaft erkrankte und fünf Arbeiterinnen zu Tode kamen. Wir schrieben damals, daß die Firma ihren Betrieb in Wiener Neustadt im August 1929 eröffnet hatte, nachdem ein gleichartiger Betrieb dieser Firma in Pöchlarn durch eine Explosion zerstört wurde, bei der auch dort mehrere Arbeiter den Tod fanden.

Die "Gummi-Zeitung" vom 17. April d. J. berichtet nunmehr, daß Dr. Hörnes in Pöchlarn zu 6 Monaten Gefängnis und Zahlung von 11.800 Schillingen Kronen verurteilt worden ist. Außerdem wurde er verurteilt, an die Bezirkskrankenkasse 88.884 Kronen als Ersatz für Krankengelder und Beerdigungskosten zu zahlen.

Die Anklage lautete auf fahrlässige Tötung und fahrlässige schwere Körperbeschädigung. Die Sachverständigen waren sich darin einig, daß die Explosion nicht hätte erfolgen können, wenn die Ventilation in Ordnung gewesen wäre. Der Staatsanwalt wies in seiner Anklagerede darauf hin, daß Doktor Hörnes auch in Wiener Neustadt einen gefährlichen Betrieb geführt habe und daß mehrere Arbeiterinnen an den Folgen der Vergiftungen gestorben sind. Er verlangte, der Gerichtshof solle Dr. Hörnes urteilsmäßig verbieten, einen ähnlichen Betrieb jemals wieder zu eröffnen, und ihm die Konzession entziehen.

Gegen das Urteil hat sowohl der Staatsanwalt als auch der Verteidiger Berufung angemeldet.

Wir haben in unserem Artikel vom März v. J. bereits darauf hingewiesen, daß Dr. Hörnes auch in der Fabrik in Wiener Neustadt leichtsinnig und fahrlässig gehandelt habe, und daß die Ventilation nicht ausreichte, wodurch die Arbeiter in Gefahr gekommen sind. Das in diesem Falle gegen ihn eingeleitete Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Die Fabrik in Wiener Neustadt ist mittlerweile in den Besitz einer anderen Firma in Wien übergegangen.

Kali-Dividenden.

Salzdetfurth-Konzern	15 Prozent
Wessersleben-Konzern	10 Prozent
Wesseregeln-Konzern	10 Prozent
Burbach-Konzern	12 Prozent
Wintershall-Konzern	8 Prozent

Abgesehen vom Wintershall-Konzern zahlen alle Konzerne in der Kaliindustrie Dividenden in gleicher Höhe wie im Vorjahre. Die Kaliindustrie hat also das Krisenjahr 1930 verhältnismäßig gut überstanden. Auf die Gründe der Dividendenkürzung bei Wintershall soll unten noch näher eingegangen werden.

Die ausgewiesenen Reingewinne beim Salzdetfurth-Wessersleben-Wesseregeln-Konzern sind annähernd die gleichen geblieben wie im Vorjahre. Sie betragen bei Salzdetfurth bei einem Aktienkapital von 28.100.000 Mk. 4.339.645 Mk. (i. V. 2.462.065 Mk.) bei 1,1 Millionen Mk. Abschreibungen = 3,31 Prozent des Aktienkapitals. Bei Wessersleben mit einem Aktienkapital von 22.324.000 Mk. 2.469.755 Mk. (i. V. 2.462.065 Mk.) und 1,1 Millionen Mk. Abschreibungen = 8,55 Prozent des Aktienkapitals. Wesseregeln hat bei einem Aktienkapital von 22.200.000 Mk. einen Reingewinn von 2.453.875 Mk. (i. V. 2.453.400 Mk.) bei einem Abschreibungsbetrag von 1,68 Millionen Mk. = 7,34 Prozent des Aktienkapitals.

Der Burbach-Konzern erzielte bei einem Aktienkapital von 70.000.000 Mk. einen Reingewinn von 8,61 Millionen (i. V. 8,75 Millionen Mk.) bei Abschreibungen von rund 4,38 Millionen (i. V. 4,14 Millionen Mk.) = 8,25 Prozent des Aktienkapitals. Hierbei muß jedoch berücksichtigt werden, daß der Burbach-Konzern durch Zusammenlegung seines Aktienkapitals gegenüber dem Vorjahre eine andere Berechnungsgrundlage geschaffen hat.

Der Wintershall-Konzern erzielte bei einem Aktienkapital von 200 Millionen Mk. einen Reingewinn von 16 Millionen Mark (i. V. 24 Millionen Mk.) bei Abschreibungen von 20.770.000 Mk. = 10,38 Prozent des Aktienkapitals.

Die Abschreibungen in den einzelnen Konzernen sind recht verschiedenartig: 3,31 Prozent bei Salzdetfurth und 10,38 Prozent beim Wintershall-Konzern. Der Abschreibungssatz beim Wintershall-Konzern scheint gegenüber den Abschreibungen bei anderen Konzernen ziemlich hoch bemessen zu sein, und ist geeignet die Vermutung aufkommen zu lassen, daß dadurch weitere stille Reserven geschaffen werden sollen. Auch ist die Begründung im Geschäftsbericht des Wintershall-Konzerns über die Dividendenkürzung nur kurz gehalten mit dem Hinweis auf Mindereinnahmen durch Absatzrückgang und vorsichtige Geschäftsführung. Diese Faktoren können aber nicht allein maßgebend sein für die Dividendenkürzung, denn dieselben Gründe haben ja auch für die anderen Konzerne vorgelegen, ohne daß man dort zu ähnlichen Maßnahmen gegriffen hat. Des Rätsels Lösung findet man jedoch in den Ausführungen des Generaldirektors Hofferg in der Hauptversammlung des Konzerns am 8. April 1931. Er sagte dort u. a.:

"Maßgebend war für uns auch die Meinung der Geschäftsführung des Kali-Syndikats, welches doch über die Industrie am besten zu urteilen vermag. Das Syndikat hat von allen Konzernen verlangt, die Dividende herunterzusetzen. Wir sind diesem Wunsch im Interesse der gesamten Industrie gefolgt. Wenn andere Konzerne anders handelten, so müßten sie ihre Gründe angeben haben, wir glauben, daß unsere Handlungsweise unbedingt richtig war." (WZ, Nr. 32 vom 9. April 1931.)

Im Gegensatz zum Vorjahre findet man auch keine Angaben über die Entwicklung der Belegschaften, ebenso verhindert die Gewinn- und Verlustrechnung jeden tieferen Einblick. Es würde zu weit führen, die einzelnen Posten der

Rechnung nach durchzugehen. Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß sich aus dem Geschäftsbericht ein klarer Überblick über die Verhältnisse des Konzerns nicht ergibt. Es hat vielmehr den Anschein, daß weitere Investitionen zur Schaffung stiller Reserven vorgenommen wurden, die wohl mit den Erdböhlungen des Konzerns in Verbindung zu bringen sind. wh.

Konferenz für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Ende Februar d. J. sind die am Tarifvertrag für den Braunkohlenbergbau beteiligten Arbeitnehmerorganisationen an den Arbeitgeberverband herangetreten und haben — trotz bestehender Tarifverträge — um Verhandlungen zur Verkürzung der Arbeitszeit nachgesucht. Unsere Vorschläge waren lediglich auf Verkürzung der Arbeitszeit gerichtet. Im Laufe der Verhandlungen wurden bestimmte Forderungen erhoben. Diese waren:

1. Möglichst gleichmäßige Verteilung der Feterschichten auf den einzelnen Werken.
2. Bei Neueinstellungen von Arbeitern sollten diejenigen in erster Linie berücksichtigt werden, die innerhalb der beiden letzten Jahre zur Entlassung gekommen sind.
3. Die Arbeitszeit für die Tagesbetriebe soll 8 Stunden einschließlich Pausen und in den Tiefanbetrieben die Schichtzeit 8 Stunden einschließlich Pausen betragen.
4. Die Lohndifferenz sollte von den Unternehmern zu zwei Dritteln und von den Arbeitnehmern zu einem Drittel getragen werden.

Millionen warten

auf die Arbeitszeitverkürzung,

die die Arbeitslosigkeit verringern wird und durch die Arbeitsstellen für viele Hunderttausende frei gemacht werden sollen. Aber die Arbeiterschaft darf nicht alles Heil von den Gesetzgebern und von der Regierung allein erhoffen. Sie muß selbst auf den Plan treten, muß durch ihre freien Gewerkschaften immer lauter und immer dringender die schnellste Einführung der Vierzigstundenwoche fordern. Der Widerstand gegen eine soziale Regelung der Arbeitszeit ist groß. Er wird am leichtesten besiegt, wenn die Arbeiterschaft in ihren Forderungen auf die Verkürzung der Arbeitszeit unerschütterlich und einig bleibt. Ohne starke Gewerkschaften gibt es keine Verringerung der Arbeitszeit! Hilf mit, daß sie stark werden! Wirb für deinen Verband!

In einer weiteren Verhandlung wurde über die Fragen zu 1 und 2 eine Verständigung erzielt. Zu 3 erklärten sich die Unternehmer bereit, für die Tages- und Fabrikbetriebe die achtstündige Arbeitszeit einzuführen, wobei die jetzt bestehenden Schichtlöhne in Stundenlöhne umgerechnet und in den durchgehenden Betrieben die Pausen ans Ende der Schicht gelegt werden. Von der zu Punkt 4 sich durch Umrechnung der Schichtlöhne in Stundenlöhne ergebenden Lohndifferenz wollen die Unternehmer angeblich 25 Prozent übernehmen. Für die Tiefanbetriebe kann eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht in Frage kommen. Diese Regelung betrachten die Unternehmer als eine Kostensenkungsmaßnahme; das Angebot ist endgültig, weitere Zugeständnisse können die Unternehmer nicht machen.

Mit dem Ergebnis der Verhandlungen hat sich am 19. April eine gemeinsame Funktionärskonferenz in Halle a. S. Saale beschäftigt. Die Meinung der Konferenz findet ihren Ausdruck in folgender

Entscheidung.

Die am 19. April 1931 in Halle tagende Delegiertenkonferenz für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau anerkennt die Forderung der Gewerkschaften um die Verkürzung der bis jetzt noch bestehenden täglichen langen Arbeitszeit und billigt ausdrücklich das Vorgehen der Gewerkschaften. Angesichts der großen Arbeitslosigkeit und der besonderen Lage auf dem Kohlenmarkt, wie sie schon seit mehreren Jahren vorhanden ist, hält die Konferenz eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit für eine dringende Notwendigkeit. Die Verkürzung derselben muß aber auch auf die Arbeiter im Tiefbau ausgedehnt werden. Es ist unmöglich, für die Arbeiter unter Tag eine längere Arbeitszeit zu behalten als für Arbeiter über Tag. Die Schwere der Arbeit unter Tag erfordert im Gegenteil, wie das auch bisher üblich war, eine kürzere Arbeitszeit als über Tage.

Aber auch das Angebot der Unternehmer in der Frage des Lohnausgleichs erachtet die Konferenz als nicht genügend. Der Braunkohlenbergbau kann in Anbetracht seiner guten wirtschaftlichen Lage, wie das auch bereits die vorliegenden Geschäftsberichte einer größeren Anzahl Braunkohlengesellschaften für das abgeschlossene Geschäftsjahr 1930 beweisen, an Lohnausgleich bei Einführung der verkürzten Arbeitszeit mehr tun, als der Unternehmerorschlag enthält. Die Löhne im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sind so niedrig, daß eine derartige Kürzung, wie sie die Unternehmer in ihrem Angebot zum Ausdruck bringen, den Belegschaften außerordentliche Lasten auferlegt. Die Konferenz fordert daher die Gewerkschaften auf, die Verhandlungen weiterzuführen.

Im Falle eines Scheiterns derselben beauftragt die Konferenz die am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften, die Kündigung des Mehrarbeitszeitabkommens zum ersten zulässigen Termin anzusprechen."

Diese Entscheidung wurde einstimmig angenommen. Die Verhandlungen sind damit nicht abgebrochen, sondern werden am 21. April fortgesetzt. wh.

Verschiedene Industrien

Frankreichs Spielwarenindustrie und sein Außenhandel in Spielwaren.

Frankreich besitzt eine sehr alte Spielwarenindustrie. Die Handwerksorte sind das Gebiet der Seine, der Oise um Paris,

wo werden vor allem Schach- und Dominospiele, Würfel und dergleichen hergestellt. Im Gebiet des Jura stellt man Holzspielwaren her, wie Regel, Kreisel usw. Kunststoffartikel werden angefertigt im Gebiet Clermont, Ferrand sowie Lyon, St. Etienne, Alimoges und Toulouse. Sonstige Spielwaren werden in Paris und einigen übrigen Teilen des französischen Staates hergestellt oder eingeführt.

Nach den Untersuchungen des Enquete-Ausschusses wurden 1915/16 die Spielwarenfabriken mit 120 angegeben einschließlich der kleineren Firmen mit ungefähr 450 selbständigen Betrieben. Nach dem Kriege betrug, wie aus der Begründung zum Gesekzentwurf über die Neuregelung der Spielwarenzölle vom Januar 1924 hervorgeht, die Zahl der Fabriken ungefähr 150, die Zahl der Arbeiter über 50.000. Die angegebene Arbeiterzahl erscheint zu hoch, da die französische Produktion nur auf 40 Millionen Mk. geschätzt wird. Es würden demnach auf den Kopf des Beschäftigten nur 800 Mk. entfallen, so daß selbst bei einem 50prozentigen Lohnanteil das Jahresdurchschnittseinkommen nur 400 Mk. betrage.

Die französische Betriebsstatistik von 1921 vermittelt einen Einblick in einzelne Zweige in der Spielwarenindustrie. Zur Orientierung nachstehende Tabelle:

Der Umfang der französischen Spielwarenindustrie.

Industriegruppe	Zahl der Betriebe	Personen insgesamt	Männlich		Arbeiter je Betrieb
			Arbeiter	weiblich	
Spiele (Dame, Schach, Domino usw.)	32	262	98	81	5
Holzspielwaren, Pappspielwaren, Puppen	277	3925	1235	1608	10
Metallspielwaren	86	1560	667	606	15

Die Tabelle gibt nur Auskunft über nicht ganz 6000 Arbeiter und scheint damit der Wirklichkeit näher zu kommen. Die Nachricht von 50.000 Arbeitern muß ein Irrtum sein.

Nach dem Jahrbuch der französischen Produktion 1929 befaßt sich die Zahl der großen Firmen, die für die Serienfabrikation in der Spielwarenindustrie in Frage kommen und dementsprechend maschinell gut ausgerichtet sind, auf ungefähr 60. Bei den Metall-, Holz-, Pappspielwaren und Puppen sind die Beschäftigten auf die Mittel- und Großbetriebe ungefähr gleich verteilt. Für die Fabrikation von Schach-, Dominospielen usw. kommen Großbetriebe überhaupt nicht in Frage.

Nachrichten über die Arbeitsbedingungen in der französischen Spielwarenindustrie lassen erkennen, daß seit 1915 ein Gesetz über die Anwendung von Mindestlöhnen besteht, für jedes Departement bestehen besondere Fachansätze für Heimarbeiter. Es ist bestimmt, daß sich die Mindestlöhne der Heimarbeiter nach den Löhnen der Werkstattarbeiter zu richten haben. Übertretungen werden bestraft. Die Arbeitszeit für die Heimarbeiter ist nicht geregelt.

Sinter hohen Schutzzollwärdern konnte sich die schon vor dem Kriege bedeutende Spielwarenindustrie in der Nachkriegszeit weiter entwickeln. Der Absatz einheimischer Produkte wurde durch nationalistische Stimmungsmache erhöht. Dadurch wurde jahrelang die Einfuhr fremden Spielzeugs gedrosselt.

Aber die Ein- und Ausfuhr von Spielwaren berichten nachstehende Tabellen nach den Zusammenstellungen des Enquete-Ausschusses:

Die französische Spielwareneinfuhr 1913 und 1926—1930.

Menge in Doppelzentner	1913	1926	1927	1928	1929	1930
Wert in 1000 Frank	17.844	2.532	3.896	7.139	8.727	
Wert in 1000 Mark	12.160	1.217	13.991	26.587	31.694	
Umgerechnet in 1000 Mk.	9.850	1.673	2.345	4.360	5.247	

Die französische Spielwarenausfuhr 1913 und 1926—1930.

Menge in Doppelzentner netto	1913	1926	1927	1928	1929	1930
brutto	39.369	42.166	32.246	31.286	34.768	
Wert in 1000 Frank	21.477	142.978	76.603	45.313	53.984	47.989
Wert in 1000 Mark	17.400	19.516	12.647	7.445	8.859	

Im Jahre 1930 hat die Drosselung der Einfuhr von Spielzeug aus Deutschland nachgelassen. Die deutsche Spielwarenindustrie könnte ihre Ausfuhr nach Frankreich erhöhen.

So hat z. B. Deutschland nach Frankreich 1929 nur 8174 Doppelzentner an Spielwaren ausgeführt (der Wert ist nicht bekannt), 1930 ist die Ausfuhr auf 13.142 Doppelzentner im Werte von 4.480.000 Mk. gestiegen. Die Spielwareneinfuhr Frankreichs zergliedert sich 1929 und 1930 wie folgt:

Art der Einfuhr	1930		1929	
	ds. 1000 Fr.	ds. 1000 Fr.	ds. 1000 Fr.	ds. 1000 Fr.
Puppen und Babys aller Art, außer Gummi oder ganz aus Holz, und ausgestopft, angekleidet oder nicht, gewöhnlicher Artikel	336	854	500	1367
feiner Artikel	295	1.184	134	746
Spielwaren aus gewöhnlichem Metall	2536	6.361	1702	5082
Spielwaren aus Aluminium	209	703	14	68
Tiere, Puppen, Personen u. dergl. ausgestopft, mit Leder oder Stoff überzogen	1028	4.502	999	4930
Spiele und Spielwaren aus Zelluloid, Kasein, Bakelit, Galalith u. anderen plastischen Stoffen	443	3.444	194	2082
Ballone, Tiere, Puppen u. dergl. aus Gummi, dekoriert oder undekoriert, angekleidet oder nicht	76	353	115	425
Ballone u. dergleichen aus dehnbaren Materialien	178	1.482	101	920
Anderes, nicht speziell erwähnte Spiele und Spielwaren	4541	11.204	5109	8612
Mechanische Spielwaren mit elektr. oder Dampftrieb, Uhrwerk usw.	3876	14.841	1848	7670

Diese Einfuhrstatistik sagt, daß die Spielwareneinfuhr nach Frankreich 1930 anscheinlich gestiegen ist, und zwar speziell in den Branchen, in denen Deutschland Hauptlieferant ist, also in Metall- (Metz-) Spielwaren und mechanischen Spielwaren; bei den letzteren spielt allerdings auch die amerikanische und englische Konkurrenz mit. Auch die Einfuhr von Spielwaren aus Zelluloid und anderen plastischen Materialien ist bedeutend gestiegen, wobei Japan eine gewisse Rolle spielen dürfte. S. Giffels

